

Den Hamburger Hafen aus der Krise führen

Beschluss des 103. Landesparteitags der FDP Hamburg am 9. April 2016

Die FDP-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für die folgenden Ziele in der Hamburgischen Bürgerschaft einzusetzen:

1. Hamburg braucht einen neuen Hafententwicklungsplan, der Perspektiven für den Hamburger Hafen aufzeigt und langfristig Planungssicherheit liefert. Die Neufassung des Hafententwicklungsplans ist unter frühzeitiger Einbindung des Parlaments, insbesondere des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien, der Hafenunternehmen und der hafenrelevanten Verbände und Vereine zu erarbeiten.
2. Es ist ein klares Konzept zur mittel- und langfristigen Bereitstellung von mehr Fläche im Hamburger Hafen zu erarbeiten. Die Zahl und Größe der zur Vergabe zur Verfügung stehenden Flächen soll damit deutlich erhöht werden. Genau wie im restlichen Gebiet der Stadt, wo die Stadt immer mindestens 100 ha frei verfügbare Fläche für Gewerbeansiedlung vorrätig haben soll, soll auch die HPA ständig genügend Flächenreserven vorhalten, um hafenbezogene Ansiedlungen im Bedarfsfall umgehend realisieren zu können."
3. Das Hafenerweiterungsgebiet soll langfristig für die Entwicklung des Hamburger Hafens gesichert werden. Das betrifft etwa das Hafenerweiterungsgebiet Moorburg. Konkrete Flächenentwicklungen wie derzeit in Altenwerder-West sollen beschleunigt werden.
4. Es soll ein Konzept für die Nutzung des mittleren Freihafens erstellt werden, in dem über die vier bereits bekannten Alternativen hinaus Entwicklungsperspektiven z.B. für ein Multipurpose-Terminal aufgezeigt werden. Dazu sind die Ergebnisse des durchgeführten Markterkundungsverfahrens in konkrete Vorschläge umzusetzen.
5. Es muss ein professionelles Kostencontrolling für die Projekte der HPA eingeführt werden, um der derzeitigen unkontrollierten Kostenexplosionen bei Projekten der allgemeinen Hafeninfrastruktur entgegenzuwirken.
6. Für die Reduzierung der Kosten für Schlickbaggerung soll es regelmäßige Kosten-Nutzen-Analysen zu allen relevanten Verbringungsoptionen von Sedimenten geben. Diese sollen Teil eines neuen Handlungskonzepts zur Umlagerung von Baggergut aus dem Hamburger Hafen werden.
7. Hamburg muss dringend auch den Bund in das Sedimentmanagement einbeziehen. Andernfalls wird die Kreislaufbaggerei des Bundes die Ziele Hamburgs unterminieren.

8. Zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit des Hamburger Hafens sind moderne IT-Lösungen zu entwickeln. Die HPA soll privaten Unternehmen dabei keine Konkurrenz machen.
9. Die Einführung einer verkehrsübergreifenden Leitzentrale (Port Traffic Center) ist zügig zu realisieren.
10. Ein Bonus-Malus-System für Verträge beim Infrastrukturausbau soll eingeführt werden. Eine aktive Vernetzung aller am Bau Beteiligten wird durch die Einführung von BIM (Building Information Modeling), einer datenbankgestützten Methode zur Optimierung der Kosten- und Terminalsicherheit, umgesetzt.
11. Die Projektion für den Hamburger Hafenumschlag ist zu überarbeiten. Dabei sollen Szenarien erarbeitet werden, die den Einfluss der Entscheidung über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP auf den Warenumsschlag im Hamburger Hafen deutlich machen.
12. Es ist für die HPA für die nächste Legislaturperiode ein Konzept zu erarbeiten, die Verantwortung für den Hafen vom Senat mehrheitlich auf die Hafenunternehmer zu übertragen (Teilprivatisierung).